



Gemeinsame PRESSEMITTEILUNG

09.03.2017

Fahradhelme retten Leben und schützen vor Verletzungen **Studie zur Nutzung und Wirkung von Fahrradhelmen fertiggestellt**

Fahradhelme sind effektiv, um die Folgen von Fahrradunfällen erheblich abzumildern. Dies belegt eine umfangreiche Grundlagenstudie der Länder Baden-Württemberg und Thüringen mit neuen Zahlen. Die nun vorliegende gemeinsame Untersuchung des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg und des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft hat die Effekte von Fahrradhelmen und einer potentiell möglichen Helmpflicht umfassend wissenschaftlich untersucht.

„Fahradhelme sind geeignet, die Zahl schwerer Kopfverletzungen bei Fahrradunfällen signifikant zu verringern. Unser Ziel ist es daher, das Helmtragen zur Normalität werden zu lassen – auch ohne Helmpflicht. Eine höhere Helmtragequote ist ein wichtiges Element unserer Strategien zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von Radfahrerinnen und Radfahrern“, sagte der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann am 9. März 2017. Auch Thüringen verfolgt die Förderung des freiwilligen Helmtragens: „Wir wollen das Fahrradfahren attraktiv und gleichzeitig sicher gestalten. Deswegen investieren wir in gut ausgebaute Radwege und wir unterstützen die Verkehrswachten. Sie werben landesweit für das freiwillige Helmtragen mit Testvorführungen, Plakaten und Informationsmaterialien. Vorbeugen ist besser als heilen. Wir setzen bei dem Thema auf präventive Maßnahmen und dazu liefert die Studie jetzt eine wertvolle Grundlagenarbeit“, sagte die Thüringische Verkehrsministerin Birgit Keller.

Die Studie beleuchtet wissenschaftlich fundiert an Hand von über 350 Quellen aus unterschiedlichen Ländern und Zeiten das Thema Fahrradhelm aus allen Perspektiven. Sie prüft eine Vielzahl möglicher Effekte von Helmen und einer Helmpflicht umfassend auf ihre wissenschaftliche Belastbarkeit. „Die Studie ist eine hervorragende Grundlage für die weitere Arbeit zum Thema Fahrradhelme. Wir wollen auf dieser Basis die Debatte zum Fahrradhelm bzw. der Tragepflicht auf eine sachliche Grundlage stellen“, erläu-

terte Minister Hermann. „Im Kern sollte dabei die Frage stehen, wie wir noch deutlich mehr Menschen zum Helmtragen beim Radfahren animieren können.“

Die Studie untersucht unterschiedliche Ansätze zur Erhöhung der Helmtragequoten. Unter anderem wurde auf Basis von 268 verschiedenen Parametern eine Kosten-Nutzen-Analyse für eine gesetzliche Helmpflicht durchgeführt. Die Analyse ergab ein deutlich positives Nutzen-Kosten-Verhältnis. Nutzen und Kosten konzentrieren sich dabei stark auf die Altersgruppe der über 65jährigen. Verkehrsminister Hermann: „Mehr Menschen sollten einen Helm tragen. Die Kinder gehen hier in der Regel schon mit gutem Beispiel voran. Ich würde mir wünschen, dass zukünftig auch die Eltern und Großeltern ihrer Vorbildrolle besser gerecht werden.“

Berücksichtigt wurden bei den Berechnungen auch die ungewünschten Nebenwirkungen einer gesetzlichen Helmpflicht. Bei einer Befragung im Rahmen der Studie gab ein Teil der Radfahrenden beispielsweise an, bei Einführung einer Helmpflicht zukünftig ganz oder teilweise auf das Radfahren zu verzichten. Danach würde sich die Fahrleistung von Radfahrerinnen und Radfahrern insgesamt um etwa 7 Prozent verringern. Doch trotz den dadurch berechneten negativen Folgen für die Gesundheit bleibt unterm Strich eine positive Bilanz.

Baden-Württemberg verfolgt die Zielsetzung, die Zahl der im Radverkehr Verunglückten und Getöteten gegenüber dem Jahr 2010 bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Langfristig soll die Vision Zero erreicht werden - ein Straßenverkehr ohne Tote und Schwerverletzte. Diese Ziele sind auch mit hohen Helmquoten alleine nicht erreichbar. „Das Land Baden-Württemberg setzt derzeit auf Basis seines Verkehrssicherheitskonzeptes sowie der RadSTRATEGIE Baden-Württemberg eine Vielzahl von Maßnahmen um. Zusammen mit hohen Helmtragequoten wollen wir eine deutliche Erhöhung der Verkehrssicherheit der Radfahrenden erreichen“, ergänzt Verkehrsminister Hermann. „Schwerpunkte sind der systematische Ausbau sicherer Infrastruktur, die Unterstützung eines sicheren Verkehrsverhaltens von Autofahrern und Radfahrern sowie die Erhöhung der Sicherheit durch Maßnahmen im Bereich der Fahrzeugtechnik z.B. von Abbiegeassistenten von Lkw.“